

LÄNDLICHE KULTUREN ALS RETTUNGSANKER

Ein Statement

UWE BRANDL || Es gibt Stimmen, die behaupten, dass es in 20 Jahren auch in Bayern Verhältnisse geben wird, die sich schon heute in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern finden. Schon deshalb müssen wir uns mit den Ursachen von Abwanderungsbewegungen aus den ländlichen Räumen befassen. Nur dann sind wir in der Lage, Strategien zu entwickeln, wie wir dem entgegenwirken können.

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Es irrt, wer meint, man könne sich zurücklehnen, weil seit 1. Januar 2014 in Art. 3 der Bayerischen Verfassung ein neues Staatsziel verankert ist. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen ist kein Selbstläufer, sondern ein materieller Gestaltungsauftrag.

Richtig ist aber, dass der Staat tatsächlich einen verfassungsrechtlich verankerten materiellen Gestaltungsauftrag hat, dessen Umsetzung wir auch einfordern.

Er muss dafür Sorge tragen, dass die Menschen in allen Landesteilen Bayerns auch die gleichen Chancen für ihre Lebensverhältnisse haben.

Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen sind umfassend zu verstehen und beinhalten sämtliche Lebens- und Arbeitsbereiche. Dazu gehören das Wohnen, die Bildung, die Freizeit, die Erholung, die Daseinsfürsorge, soziale und kulturelle Leistungen sowie die berufliche Entwicklung des Einzelnen. Dabei ist unwichtig ob als Arbeiter, Angestellter oder Selbstständiger, ob in der Stadt oder auf dem Land.

Es stellt sich die Frage, ob „Rural Lifestyle“ ein Rettungsanker sein kann und wenn, für was?

Bei dem Begriff „Rural Lifestyle“ hat man möglicherweise zuerst einmal die klischeehaften Bilder vom Leben auf dem Land im Kopf, die

uns immer wieder in Filmen und Hochglanzprospekten vorgeführt werden: Sonnenschein, glückliche Kühe auf den Weiden, ein Landhaus mit Pferdekoppel, Blumenwiesen, Kirchtürme, ein weißblauer Himmel – schlicht eine heile Welt. Wenn diese Sicht dazu führt, dass das Leben außerhalb der Ballungsräume attraktiver wird, dann ist das in Ordnung.

LÄNDLICHER RAUM

Tatsache ist, dass rund 80-85 % der Landesfläche in Bayern ländlicher Raum ist. 60 % der Bewohner Bayerns leben dort. 75 % der bayerischen Gemeinden (also ca. 1.500) haben weniger als 5.000 Einwohner. Diese Zahlen, isoliert betrachtet, sagen aber noch nicht viel aus. Da ist es nötig, die Strukturkarte Bayerns und die amtlichen Bevölkerungsvorausberechnungen genauer zu betrachten. Da sieht man z. B. im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge bis 2031 eine Abnahme der Bevölkerung um knapp 18 %, während der Landkreis München eine Zunahme um 11 % erwartet, obwohl die Metropole bereits heute fast täglich einen Verkehrskollaps erleidet, und zwar nicht nur auf der Straße, sondern auch bei den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Natürlich findet man bei uns noch blühende Landschaften, allerdings nicht überall. Im östlichen und nördlichen Bayern sieht es nicht ganz so rosig aus. Hier liegt das Gebiet der

„Förderbanane“, wie Staatsminister Söder diese strukturschwachen Räume wegen ihrer Form so bezeichnet hat.

GEMEINDE – HEIMAT FÜR DIE MENSCHEN

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern leben die Menschen bei uns zweifelsohne in besonders guten wirtschaftlichen Verhältnissen, bei landesweit gesehen geringer Arbeitslosigkeit, bester Gesundheit und hoher Lebenserwartung. Nirgends ist der nachbarschaftliche Zusammenhalt besser und das Engagement in den Vereinen größer als in den bayerischen Gemeinden. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Menschen in Bayern mit ihren Lebensbedingungen zufrieden sind und die Bevölkerung durch Zuzüge wächst.

Der Bayerische Gemeindetag hat im Sommer 2013 durch das Forsa-Institut eine Umfrage zum Verhältnis der Bürger zu ihren Gemeinden durchführen lassen. Die Frage, ob man gern in einer Gemeinde wohnt, ist ein aussagekräftiger Indikator für die Verbundenheit der Bürger mit ihrem Wohnort.

90 % der Bürger in den kreisangehörigen Gemeinden Bayerns gaben an, dass sie dort gern leben. Interessant ist, dass diese Wohnzufriedenheit in Unterfranken und der Oberpfalz am größten ist.

Bemerkenswert ist auch, dass gerade in den Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern die höchste Wohnzufriedenheit angegeben wird. Das bedeutet aber auch, dass das Leben auf dem Land durchaus noch attraktiv ist, und zwar nicht nur in Oberbayern. Diese Zufriedenheit ist sicher auch Ausdruck eines (noch) funktionierenden Sozialgefüges und das Ergebnis jahre- und jahrzehntelanger Arbeit der dort lebenden und arbeitenden Menschen. Mit diesem Pfund müssen wir wuchern und nach Strategien suchen, damit Menschen nicht nur weiterhin gern auf dem Land wohnen bleiben, sondern auch dorthin ziehen.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Die vor uns stehenden Aufgaben sind bekannt.

- Wie sehen angesichts der rasant steigenden Zahl alter und hochbetagter Menschen künftig unsere Dörfer aus?

- Wie sieht es mit der für diesen Personenkreis notwendigen Infrastruktur aus?
- Wie gestaltet sich die Versorgung mit den täglichen Dingen des Lebens, die medizinische Versorgung, die Mobilität, die Teilhabe am Gemeindeleben?
- Sind wir darauf schon umfassend vorbereitet?

Das zunehmende Auseinanderfallen tradierter Familienstrukturen macht die Situation für hilfsbedürftige alte Menschen schwieriger. Neben professioneller Hilfe werden Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement in unseren Ortschaften an Bedeutung zunehmen. Hier muss man sich die Frage stellen, ob die Weichen hierfür schon gestellt sind.

Zu all diesen Fragen brauchen wir schnelle und umfassende Antworten, sonst wird die zuvor dargestellte Noch-Zufriedenheit blitzschnell umschlagen in eine Unzufriedenheit und zu Abwanderungswellen der Senioren aus unseren Dörfern führen.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die Prosperität einer Gemeinde hängt vom Erfolg der örtlichen Wirtschaftsunternehmen, der Betriebe, des Gewerbes und des Handels ab.

Gemeinden haben also an erfolgreichen örtlichen Betrieben ein großes Interesse. Denn eine ihrer Haupteinnahmequellen ist die Gewerbesteuer. Aber auch an den Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer partizipieren die Kommunen anteilig. Eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik ist allerdings auch abhängig von den äußeren Rahmenbedingungen, für die zunächst Bund und Länder in der Verantwortung stehen. Hier ist vor allem eine zukunftsweisende Landesplanung zu nennen.

Was also ist notwendig? Zunächst muss der strukturschwache Raum massiv gefördert werden. Die Arbeit muss zu den Leuten gebracht werden. Wenn selbst BMW seine Produktion nach Mexiko verlagern und dort mehr als 1 Milliarde Dollar investieren will, ist das natürlich mehr als kontraproduktiv. Warum zieht man nicht das oben bereits angesprochene Fichtelgebirge als neuen Standort in Betracht? Das Fichtelgebirge statt der Sierra Madre. Das wäre doch für eine bayerische Weltfirma mit weiß-blauem Logo der richtige Standort.

Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiekompetenzen müssen in den ländlichen Regionen gefördert werden – lieber im Mausbachtal (in Warmensteinach im Fichtelgebirge) als in einem Silicon Valley.

Das geht natürlich nur, wenn die erforderliche Infrastruktur vorhanden ist – das schnelle Internet ist dabei eine wesentliche Voraussetzung.

Der „Aktionsplan demographischer Wandel“ der Staatsregierung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ohne entsprechende finanzielle Unterstützung des Staates das alles nicht möglich sein wird. Hier muss geklotzt werden.

- Der Einwohnerrückgang muss finanziell durch entsprechende Zuweisung im FAG (Gesetz über Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern) ausgeglichen werden,
- weg mit der Einwohnerveredelung,
- die Niederlassung von Hausärzten auf dem Land muss gefördert werden, wobei auch die kassenärztlichen Vereinigungen ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen haben,
- das Geld, das im System zur Genüge vorhanden ist, muss nur gerechter verteilt werden,
- die Bildungseinrichtungen müssen wohnortnah sein und die Programme der Städtebauförderung und die Dorferneuerung mit ihren umfassenden Strategien einer baulichen, funktionalen und sozialen Entwicklung müssen erhalten bleiben.

BEDROHUNG KOMMUNALER HANDLUNGSSPIELRÄUME

Die Kommunalpolitik braucht aber auch ihre Handlungsspielräume, um das örtliche Leben gestalten zu können.

Als Beispiel dienen die Einschränkungen bei Einzelhandelsgroßprojekten. Der Staat muss endlich einsehen, dass eine kleinkarierte Steuerung des Einzelhandels im Landesentwicklungsplan (LEP) geradezu kontraproduktiv ist. Es reicht aus, wenn die Spielräume der gemeindlichen Planungshoheit beachtet werden.

Wir haben zudem Städte und Gemeinden, die ihren laufenden Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Diese Kommunen sind nicht mehr in der Lage, ihren gesetzlich verankerten Pflichtaufgaben nachzukommen, geschweige denn, sogenannte freiwillige Aufgaben zu erfüllen.

Darunter leidet die Lebensqualität in einer Gemeinde. Zu spüren bekommen dies die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Marode Straßen, baufällige öffentliche Gebäude, Schließung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen wie Büchereien, Schwimmbäder oder Turnhallen.

Wenn da die Lichter ausgehen, bleibt über kurz oder lang niemand mehr.

BÜRGERBETEILIGUNG – ABER RICHTIG

Wir brauchen neben entsprechenden Strategien vor allem Menschen, die anpacken. Nicht nur die Kommunalpolitik, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sind bei solchen Prozessen gefordert. Selbst mitmachen heißt die Devise.

Das funktioniert teilweise auch – wie das Beispiel der Sanierung eines Dorfwirtshauses unter Beteiligung der örtlichen Vereine und der Bürger in Asten (Tittmoning) gezeigt hat.

Wir stehen allerdings derzeit auch inmitten einer öffentlichen Diskussion, wie wir angesichts der zunehmenden Proteste gegen viele größere, aber auch kleinere Projekte in den Städten und Gemeinden wichtige Vorhaben für die Allgemeinheit überhaupt noch durchsetzen können.

Immer öfter wird Bürgerbeteiligung in dem Sinne verstanden, sich bei persönlicher Betroffenheit gegen etwas auszusprechen, nicht aber sich für etwas zu engagieren.

Der Egoismus ist in unserer Gesellschaft auf dem Vormarsch. Es werden auch immer öfter alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um Individualinteressen durchzusetzen. Diese Entwicklung wird leider insbesondere durch die Medien und Werbung noch verstärkt („mein Auto, mein Haus“ usw.). Hier brauchen wir eine neue Kultur.

AUSBLICK UND WÜNSCHE

Ich wünsche mir, dass die Staatsregierung die Einsicht und den Mut hat, die Ansiedlung von Unternehmen auf dem Land und vor allem in den sogenannten Räumen mit besonderem Handlungsbedarf zu puschen.

Ich hoffe, dass auch zukünftig ausreichende Versorgungsstrukturen bestehen (bleiben).

Die Erwartungen auf eine Neuausrichtung bestehen im Übrigen nicht nur in den ländlichen Bereichen, sondern auch im Ballungsraum.

Zwar sind die Probleme unterschiedlich – aber immer geht es um (bessere) Lebensqualität für alle. Die einen beklagen den knappen und teuren Wohnraum, die anderen den Leerstand und den Verfall der Immobilienpreise. Wir wollen kein ungezügelter Wachstum. Wir wollen vor allem, dass die strukturschwachen Räume an einer positiven Entwicklung teilhaben. Vielleicht gibt es ja doch noch eine Erfolgsgeschichte, wie sie in der Vergangenheit in Dingolfing geschehen ist.

Ich bin der Überzeugung, dass das Land leben nicht out ist. Viele verlassen ihre Heimat nicht freiwillig. Der Schlüssel ist der Arbeitsplatz. Fehlt dieser, zwingt er die Menschen zur Abwanderung, mindestens aber zu oft lebenslanger Pendelei.

Um es nochmals zu betonen: Gut ausgebildete Menschen, die einen adäquaten Arbeitsplatz haben und ausreichende Versorgungsstrukturen vorfinden, werden nicht abwandern.

Der Bayerische Gemeindetag wird auch in Zukunft für diese gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen und noch zahlreiche Rettungsanker werfen.

Und wir kämpfen auch – wie man auf gut niederbayerisch sagt – für Rural Lifestyle.

|| DR. UWE BRANDL

Präsident des Bayerischen Gemeindetags,
Bürgermeister der Stadt Abensberg